

Redebeitrag für Jugend Rettet 27.07.2018

Liebe MitstreiterInnen,

vielen Dank erst mal an das Orga-Team, dass ich hier sprechen darf. Mein Name ist Aram und ich bin bei Jugend Rettet aktiv.

Ich danke auch euch allen und allen anderen MitstreiterInnen, die zu Tausenden überall in der Bundesrepublik gegen die Kriminalisierung der Seenotrettungsorganisationen, gegen den Rechtsruck und für eine offene Gesellschaft frei von Rassismus und Ausgrenzung auf die Straße gehen. Ob in Hamburg, Berlin, Kassel, Osnabrück oder in der letzten Woche mit etwa 30.000 DemonstratInnen in München!

Das ist ein ermutigendes Zeichen, dass es in diesem Land Menschen gibt, denen es nicht egal ist,

- dass Geflüchtete an den Außengrenzen Europas sterben,
- denen es nicht egal ist, wenn die EU in Libyen mafiöse Strukturen finanziert, die Geflüchtete in Lagern foltern, versklaven oder in der Wüste aussetzen,
- denen es nicht egal ist, wenn Rassismus, Ausgrenzung und Hetze sich in der Gesellschaft breit machen.

Wir haben den Rechtsruck in der Politik satt!

- Wir haben es satt, wie regierende PolitikerInnen der Bundesregierung und insbesondere der CSU Lügen und Schreckensszenarien über Geflüchtete verbreiten, um ihre Unfähigkeit zur Lösung der sozialen Probleme in diesem Land zu überdecken,
- und wir haben es satt, dass PolitikerInnen meinen, die AfD dadurch zu bekämpfen, indem man ihre Forderungen übernimmt.

Liebe MitstreiterInnen,

vor 2 ½ Jahren wollten wir von Jugend Rettet etwas gegen das Sterben an Europa Außengrenzen tun. Und sind genau in den Strudel aus falschen Anschuldigungen geraten.

Jugend Rettet ist eine Organisation von Jugendlichen, die dem Sterben auf dem Mittelmeer nicht tatenlos zusehen wollten.

Mit Hilfe von vielen SpenderInnen, HandwerkerInnen, KapitänInnen, MechanikerInnen und anderen weiteren HelferInnen kauften wir ein Schiff und waren in internationalen Gewässern vor der lybischen Küste aktiv.

Von 2015 bis zum letzten Jahr retteten wir 15.000 Menschen mit unserem Schiff IUVENTA das Leben.

Genau das wurde uns zum Verhängnis! Im August letzten Jahres wurden wir Opfer einer politischen und juristischen Kampagne der italienischen Rechten. Zwei Neonazis, die der italienischen Identitären Bewegung nachstehen, schlichen sich als Helfer auf das Schiff von „Save the Children“ und behaupteten nach einem gemeinsamen Rettungseinsatz, dass die Organisation „Save the children“ und wir mit kriminellen Schleppern zusammenarbeiten würden.

Auf der Grundlage von Fotos, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden - auf denen teilweise noch nicht mal Einsatzboote der IUVENTA drauf zu sehen sind - wurde unser Schiff durch die italienische Polizei heimlich verwandt und Crew-Mitglieder telefonisch überwacht.

Die italienische Staatsanwaltschaft in Sizilien behauptet, wir hätten Flüchtlinge gerettet, die sich nicht in Seenot befunden hätten und wir würden mit Schleppern zusammenarbeiten - zwei Behauptungen, die ständig von rechten Demagogen wiederholt werden.

Dabei werden zwei Punkte häufig verschwiegen:

- den Auftrag zur Seenotrettung bekamen wir immer von der italienischen Küstenwache - also einer staatlichen Institution und
- bei der Rettung von Geflüchteten wurden wir häufig von lybischen

Fischern mit Maschinengewehren bedroht, die die Motoren an den Flüchtlingsbooten abbauen und sie an die Schlepper zur erneuten Verwendung verkaufen.

Diese Fischer schrecken nicht davor zurück ihre Waffen zu benutzen oder Geflüchtete über Bord zu werfen, wenn man ihre Forderungen nicht erfüllt.

Weil wir also in einem Fall vor einem Jahr zuließen, dass bewaffnete Fischer den Motor zuerst abtransportieren und wir danach die Geflüchteten in Sicherheit gebracht haben, wird uns vorgeworfen, wir hätten uns mit Schleppern abgesprochen.

Im April wurde leider die Beschlagnahmung unseres Schiffs bestätigt, obwohl gegen den Verein und gegen Crew-Mitglieder keine Anklage vorliegt.

Die Repression wurde nun auf alle agierenden Seenotrettungsorganisationen ausgeweitet. Italien und Malta verhindern nicht nur das Auslaufen der Schiffe, sondern auch den Start von zwei Aufklärungsflugzeugen!

Die EU will die Geflüchteten gänzlich daran hindern, sich in Europa in Sicherheit zu bringen! Die NGOs sollen nicht auslaufen dürfen, damit wir keine Menschen mehr retten und die tödliche Politik von Merkel, Seehofer, Kurz, Salvini und Co. nicht dokumentieren können. Gleichzeitig finanziert die EU die sogenannte libysche Küstenwache, die nachweislich aus Warlords und Kriminellen besteht, um die Geflüchteten wieder nach Libyen zurückzubringen und in Lagern zu stecken.

Wie europäische Abschottungspolitik funktioniert, hat ein Fall ein vor einigen Tagen gezeigt. Die spanische Organisation „Open Arms“ fand 80 Meilen vor der libyschen Küste eine lebende Frau und zwei Tote auf einem Schiffswrack. Einer der Toten war noch ein Baby. Die sogenannte libysche Küstenwache griff das Flüchtlingsboot auf und brachte 158 Menschen nach Libyen zurück. Weil sich die zwei Frauen weigerten, mitzukommen, wurde das Boot zerstört und die Frauen mit dem Baby zurückgelassen. Einige Stunden bevor Open Arms kam, ist das Baby und eine Frau im Mittelmeer gestorben.

Liebe MitstreiterInnen,

diese erbärmliche Situation auf dem Mittelmeer ist nicht naturgegeben. Sie ist

von Deutschland, Italien, Österreich, der EU politisch gewollt. Und diese tödliche Politik müssen wir gemeinsam stoppen!

Uns als Seenotrettungsorganisation wird vieles vorgeworfen. Ich möchte in diesem Redebeitrag kurz darauf eingehen.

Wir sind als Seenotrettungsorganisation nach dem internationalen Seerecht verpflichtet, Menschen in Seenot zu retten und in einen sicheren Hafen zu bringen.

In Libyen herrscht seit 2011 Bürgerkrieg. Das Zurückbringen der Geflüchteten nach Libyen ist daher aus juristischen, politischen und humanitären Gesichtspunkten nicht vertretbar.

Die derzeitige Einheitsregierung hat nur Kontrolle über die Hauptstadt Tripolis. Andere Landesteile werden von islamistischen Milizen beherrscht, die die Geflüchteten in Lagern halten, versklaven, vergewaltigen und teilweise töten. In einer Mitteilung an das Außenministerium beschrieb die deutsche Vertretung in Tunis die Situation in diesen Lagern als „KZ-ähnlich“. Dort werden jede Woche einige Geflüchtete erschossen, um Platz für andere zu schaffen.

Ein sicherer Hafen im juristischen Sinne ist auch nur dann gegeben, wenn Geflüchtete nicht fürchten müssen in Staaten verbracht zu werden, in denen sie Verfolgung und erniedrigender Behandlung ausgesetzt sind.

Ein solcher Ort ist also weder in Libyen, in Tunesien, Algerien oder Ägypten gegeben. Geflüchtete wieder in diese Länder zurückzubringen, heißt, sie wieder in die Gefahr zu bringen, dass sie dort gefoltert, extremst ausgebeutet, vergewaltigt oder noch schlimmer getötet werden.

Ist das die Alternative, die die Rechten wollen?

Wir sagen klipp und klar: Nein, das machen wir nicht mit!

Seenotrettungsorganisationen tragen auch nicht dazu bei, dass immer mehr Menschen über das Mittelmeer fliehen!

Wer das behauptet, lässt die Fluchtgründe völlig außer Acht. Die

Geflüchteten sind aus ihren Heimatländern wegen vielfältigen Gründen geflohen, sei es wegen politischer Verfolgung, Armut, Krieg oder Hunger. Die meisten Geflüchteten, die aus Libyen fliehen, haben dort vor dem Bürgerkrieg gearbeitet und ihre Familien in der Heimat finanziert. Nach dem Bürgerkrieg sind Menschen aus Zentralafrika von extremer Diskriminierung betroffen. Sie müssen für Hungerlöhne arbeiten, sind vollkommen entrechtet. Frauen sind besonders von Vergewaltigungen und sexueller Ausbeutung betroffen. Die Flucht nach Europa ist ihre einzige Chance dieser Hölle zu entfliehen. Jedoch nicht alle überleben die Fahrt über das Mittelmeer. Seit 1990 sind über 35.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Seit Anfang 2018 sind etwa 1.400 Menschen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer gestorben. Sie sieht die Abschreckung aus, die wir mit Menschenleben aufwiegen.

Wie verzweifelt müssen also Menschen sein, dass sie sich absichtlich in Lebensgefahr begeben und ein Ertrinken im Mittelmeer in Kauf nehmen?

Angesichts dieser Tatsachen ist unsere Arbeit nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Unsere Arbeit ermutigt niemanden die riskante Fluchtroute über das Mittelmeer zu wählen!

Alle Seenotrettungsorganisationen arbeiten auf freiwilliger Basis. Wir konnten unsere Rettungsmissionen nur deshalb leisten, weil Tausende für uns gespendet haben!

Und diesen tausenden SpenderInnen gilt ein großer Dank für ihre Beiträge, ob klein oder groß!

Mit ihrem Beitrag leisten sie mehr als die europäischen Staaten alle zusammen.

Liebe MitstreiterInnen,

die Rechten in Europa fühlen sich im Aufwind. Statt, dass die bürgerlichen Parteien gegen den Rassismus und die politische Verrohung gegenhalten, übernehmen sie die Forderungen der Rechtspopulisten und verstärken die Repression gegen Geflüchtete.

Die Repression gegen die Geflüchteten ist aber nur der Anfang!

Wer die Folgen einer rechten Politik mit eigenen Augen sehen will, sollte nicht nur in ein Geschichtsbuch, sondern einfach nach Ungarn oder Österreich schauen. Geflüchtete und Migranten werden als Sündenböcke für jegliche sozialen Missstände hingestellt.

In Ungarn wurde die Pressefreiheit eingeschränkt. Armut ist dort weit verbreitet. In Österreich gibt es mittlerweile eine Koalition zwischen den Konservativen und den Rechtspopulisten der FPÖ. Dort wollten ihre WählerInnen nur ein paar Ausländer weniger haben. Und was haben sie stattdessen erhalten?

Ein paar Neonazis in Ministerämtern, die Erhöhung der Arbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und die Senkung der Sozialbeiträge für Unternehmen! Dort wurde sogar über ein Verbot der Gewerkschaften diskutiert.

Wer eine solche politische Entwicklung stoppen will, muss sich auch mit den Schwächsten - also den Geflüchteten im Mittelmeer - solidarisieren und das beginnt mit dem Kampf für ein Seenotrettungsprogramm und eine humanitäre Flüchtlingspolitik, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Solange Menschen wegen Krieg, Armut, Hunger oder Verfolgung fliehen müssen, werden sie versuchen sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen - auch in Europa!

Je höher die EU die Mauern der Festung Europa hochzieht, desto höher wird die Zahl der Toten an den Außengrenzen sein.

Das wofür wir eintreten ist ganz einfach: wir wollen uns selbst überflüssig machen!

Wir wollen, dass die europäischen Staaten endlich ihren Verpflichtungen nachkommen und ein staatliches Seenotrettungsprogramm auflegen, damit das Sterben im Mittelmeer ein Ende findet.

Uns ist natürlich klar, dass damit die Fluchtgründe nicht beseitigt werden. Aber Seenotrettung ist nur ein Notpflaster, dass zumindest die Menschen auf ihrer Flucht nicht elendig krepieren. Wer diesen letzten Funken

Menschlichkeit für ein Verbrechen hält, öffnet der Barbarei Tür und Tor!

Damit werden uns nicht abfinden! Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik!
Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern eine humanitäre Pflicht!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!